

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Gernot Erler MdB zu General Naumanns USA-Besuch: Die Interventions-Phantasien hören nicht auf.

Seite 1

Hans-Eberhard Urbaniak MdB zur Auswertung von Arbeitnehmerrechten: EG-Betriebsrätegesetz gehört zum EG-Binnenmarkt.

Seite 2

Hans-Joachim Hacker MdB zum Kriegsfolgenbereinigungsgesetz: Bund der Vertriebenen auf Regierungskurs.

Seite 3

Dokumentation

Robert Antretter MdB zum Bundesverkehrswegeplan. Wir dokumentieren seine Rede im Verkehrsausschuß im Wortlaut.

Seite 3

47. Jahrgang / 219

12. November 1992

Die Interventions-Phantasien hören nicht auf

Von Gernot Erler MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

General Naumann setzt in Washington seine Gedankenspiele zu Einsätzen der Bundeswehr im Rahmen der NATO und unter dem Dach der UNO oder der KSZE fort. Gleichzeitig wiederholt er die Ablehnung eines militärischen Einsatzes in Bosnien-Herzegowina mit der Begründung, dort finde man "eine nicht zu gewinnende - Situation" vor. Allerdings gebe es 70 Konflikte in Osteuropa und in den Nachfolgerepubliken der ehemaligen Sowjetunion, von denen sich 35 kurzfristig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen entwickeln könnten.

Soll das vielleicht heißen, bei diesen 35 wahrscheinlichen Kriegs- oder Bürgerkriegschauplätzen wird schon der eine oder andere mit einer "gewinnbaren Situation" dabei sein, und dann soll die Bundeswehr marschieren dürfen? Die Existenz dieser übersichtlichen und für einen schnellen Interventionserfolg geeigneten Ausgangslage kann doch wohl nicht zum Kriterium für Out-of-area-Einsätze der NATO werden!

Der amerikanische Stabschef Colin Powell hat sich da kürzlich genauer ausgedrückt. Militärische Gewalt, meinte er, sei nicht immer die richtige Antwort: "Wird sie unpräzise und eher aus Frustration als auf der Basis klarer Analyse abgeleitet, kann sie die Lage verschlimmern." So wäre es nach amerikanischer Auffassung in Bosnien-Herzegowina, weshalb Powell zu dem Schluß kam: "Die endgültige Lösung muß politisch sein."

Es ist ganz unwahrscheinlich, daß unter den 35 möglichen heißen Fällen in Naumanns Konflikt-Orakel welche sein werden, bei der man bei einer umsichtigen Analyse zu einem anderen Ergebnis kommt. Niemand hat bisher vorgeschlagen, sich dort einzumischen, wo heute schon Blut fließt - in Berg-Karabach, im Nordkaukasus, in Abchasien, am Dnjest-Ufer in Moldowa.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kemiyatlar Örgütü
nu vermeten Kalkışlar
Regrivce-Pazar



Der Generalinspekteur der Bundeswehr sollte aufhören, Legitimation und Auftrag der Bundeswehr an unplausiblen Interventionsphantasien aufhängen zu wollen. Auf absehbare Zeit wird es nichts anderes geben als einen Konsens über einen klaren Verteidigungsauftrag deutscher Streitkräfte im westlichen Bündnis sowie über eine Beteiligung an friedenserhaltenden Blauhelm-Missionen im Rahmen der Vereinten Nationen.

(-/12. November 1992/ks/ks)

EG-Betriebsrätegesetz gehört zum EG-Binnenmarkt
Betriebsrätegesetz darf nicht auf dem Altar des EG-Binnenmarktes geopfert werden

Von Hans-Eberhard Urbaniak MdB

Mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes 1992 wird ein einschneidender Schritt für das Vereinte Europa getan werden. Der EG-Binnenmarkt ist sicherlich zu begrüßen, wobei es ein Problem gibt, was bis zum heutigen Tage noch nicht gelöst wurde. Ein Gesetzentwurf für ein EG-Betriebsrätegesetz, der aus deutscher Sicht akzeptabel ist, liegt bis heute noch nicht auf dem Tisch.

Sicherlich ist es richtig, daß europaweit gesehen die deutschen Betriebsräte mit Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsgesetz am besten dastehen. Sie haben Rechte, von denen ihre Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel in England nur träumen können. Doch hat sich diese durch Gesetz festgelegte Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr als bewährt und wird zum Nutzen für beide Parteien praktiziert. Arbeitnehmer und ihre Vertretungen als gleichberechtigte Partner anzusehen, ist in den anderen EG-Staaten nicht gerade verbreitet. So versuchen heute schon Konzerne, die auch im europäischen Ausland vertreten sind, Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen. Um das zu verhindern, haben zum Beispiel die Betriebsräte von Allianz und VW schon seit ein paar Jahren versucht, Arbeitnehmerinteressen länderübergreifend zu vertreten. Gegenseitige Information und die Abstimmung gemeinsamer Positionen sollen zum Beispiel verhindern, daß in einem Land kurz gearbeitet wird, während man in einem anderen Sonderschichten fährt. So lautet denn auch die Strategie des VW-Konzern-Betriebsrats: "Solidarischer Ausgleich der Beschäftigung und der Entwicklungschancen aller Standorte." Hier wird also schon vor einem EG-Betriebsrätegesetz versucht, multinationalen Unternehmensstrukturen etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Man muß davon ausgehen, daß es nach 1992 zu Fusionen oder Übernahmen im Unternehmensbereich kommen wird. Damit die künftigen Unternehmensentscheidungen aber sozial verträglich und verantwortungsbewußt durchgeführt werden können, ist ein starker Betriebsrat, der ein echtes Mitspracherecht hat, unverzichtbar.

Sicherlich haben einige EG-Länder, in denen Unternehmen noch wie zur Jahrhundertwende geführt werden können, Probleme, starke Arbeitnehmervertretungen als einen Segen anzusehen. Diese Rückständigkeit kann aber kein Grund dafür sein, daß man sich wegen der erforderlichen Einstimmigkeit der EG-Staaten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt und ein Betriebsrätegesetz so zusammenstreicht, daß nur noch ein Torso übrig bleibt.

Hier ist Durchhaltewillen und Überzeugungskraft der Bundesregierung gefordert. Die Mitsprache und die Mitverantwortung von Arbeitnehmern in den Betrieben ist eine unserer wichtigsten sozialen Errungenschaften, die nicht auf dem Altar des EG-Binnenmarktes geopfert werden darf.

(-/12. November 1992/ks/ks)

Bund der Vertriebenen auf Regierungskurs

Von Hans-Joachim Hacker MdB

Entgegen den Erwartungen der Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern wurden deren Forderungen auf einen materiellen Ausgleich in dem von der Bundesregierung in der vergangenen Woche dem Deutschen Bundestag vorgelegten Entwurf eines Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes nicht berücksichtigt. Man durfte erwarten, daß der Bund der Vertriebenen auf diesen erneuten Wortbruch der Koalition empört reagieren würde; denn die Heimatvertriebenen waren von der Bundesregierung immer wieder auf dieses Gesetz getröstet worden. Aber dem ist nicht so.

In einer Presseerklärung des BdV vom 2. November 1992 über ein Treffen des BdV-Präsidiums mit der CDU/CSU-Fraktionsführung am 29. Oktober 1992 wird die frühere Forderung des BdV auf eine sofortige Regelung eines finanziellen Ausgleichs für die Heimatvertriebenen - zumindest aber mit dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz - ohne weitere Erklärung aufgegeben. BdV-Präsidium und CDU/CSU-Fraktionsführung "stimmten" - wie es in der Presseerklärung wörtlich heißt - "hinsichtlich der baldigen Vorlage des Entschädigungsgesetzes durch die Bundesregierung überein, in dem die einmalige Zahlung an die in den jungen Bundesländern lebenden Vertriebenen in Höhe von 4.000 DM geregelt werden soll".

Im Klartext heißt das doch nichts anderes, als daß das BdV-Präsidium auf Regierungskurs gegangen ist und einer erneuten Tröstung der Heimatvertriebenen auf einen noch vorzulegenden Gesetzentwurf zugestimmt hat. Was die "baldige Vorlage" eines Entschädigungsgesetzes durch die Bundesregierung betrifft, darf man gespannt sein, wie lange sie noch die Gelder der Heimatvertriebenen strapazieren wird. Alles unter dem Motto: Warte, warte, nur ein Weilchen...

(-/12. November 1992/rs/ks)

DOKUMENTATION

Keine Wende in der Verkehrspolitik

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Robert Antretter hat in der Debatte des Verkehrsausschusses zum Bundesverkehrswegeplan '92 eine Wende in der Verkehrspolitik gefordert. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut.

Entgegen der Darstellung des Bundesverkehrsministers bedeutet der Bundesverkehrswegeplan '92 keine Wende in der Verkehrspolitik. Die bisherige Entwicklung im Kraftfahrzeugverkehr wurde einfach hochgerechnet und fortgeschrieben. Der Schwerpunkt für die zukünftige Infrastruktur wurde wieder auf den Straßenbau gelegt. 3.300 km Aus- beziehungsweise Neubau im Schienenbereich und etwa 12.000 km Neu- und Ausbau von Bundesstraßen und Autobahnen belegen dies.

Auch auf diesem Feld wäre es angebracht, unser politisches Handeln an der Wirklichkeit in unserem Land und nicht nach den von Ihnen erstellten Schemata und Schubläden zu orientieren. Das könnte beispielsweise dergestalt geschehen:

Von den Gesamtinvestitionen im BVWP '92 in Höhe von 493 Milliarden DM entfallen zwar 194,9 (also 39,5 Prozent) auf das Schienennetz der DB/DR und auf den Bundesfernstraßenbau 191,4 Milliarden (38,8 Prozent). Dabei sind aber nicht berücksichtigt die Ausgaben für den Staats-

Kreis- und kommunalen Straßenbau, so daß der Straßenbau insgesamt wieder deutlich vor den Schienen liegt. Dabei handelt es sich bei Ihren geplanten Schieneninvestitionen um Absichtserklärungen und keinesfalls um gesetzlich festgelegte Maßnahmen.

Man hätte doch davon ausgehen können müssen, daß der Bundesverkehrswegeplan die verkehrspolitische Orientierung für die nächsten Jahre gibt. Daß nicht nur Wünsche addiert und Aufkommen zu bewältigen versucht wird, was ohne dies angesichts der Ströme durch den europäischen Binnenmarkt nicht gelingen wird -, sondern daß Sie wenigstens den Versuch unternehmen verkehrspolitische Notwendigkeit, ökologische Verträglichkeit, dramatisch geringer werdende Ressourcen und natürlich auch Verkehrssicherheit miteinander in Einklang zu bringen. Das ist nicht geschehen.

Haben Sie sich einmal überlegt wie hoch der Landschaftsverbrauch sein wird, wenn das eintritt, was die Bundesregierung selbst prognostiziert und wenn sie dem nur mit der Fortschreibung der bisherigen Politik begegnen wollen?

Wenn nämlich bis zum Jahr 2000 der Verkehr in der EG um 40 Prozent zunimmt,
der internationale Straßengüterverkehr durch Deutschland bis zum Jahr 2010 um das
Vierzehnfache,
der Personenverkehr um das Achtzehnfache zunehmen
und der Straßengüterverkehr innerhalb unseres Landes um 100 Prozent wächst.

Haben Sie überlegt, daß es spätestens dann neben den bekannten ökologischen Konflikten, die durch das bisherige Handeln aufgetreten sind, auch in wachsenden Maß soziale Spannungen geben wird?

Haben Sie sich überlegt, daß das das Gegenteil einer konservativen Politik ist, daß Sie damit nur etwas konservieren, was das wirklich Bewahrenswerte zerstört; daß Sie Strukturen aufrechterhalten, die scheinbar unseren Wohlstand fördern aber in Wahrheit unsere Lebensqualität vernichten?

Ihre Prognosen sind falsch. Deshalb kommen Sie zu falschen politischen Entscheidungen. Sie haben die zukünftige Entwicklung des Verkehrsgeschehens nur unter den bisherigen Gesichtspunkten der bekannten Zuwächse dargestellt. Eine Analyse über die Elastizität innerhalb des Systems haben Sie nicht vorgenommen. Sonst würden Sie endlich die Möglichkeiten ernsthaft ausloten, die es innerhalb dieses Systems gibt, und mittels derer Sie die Menschen ebenso entlasten wie Sie die Natur schonen würden. Etwa wenn Sie statt Autobahnen, die das Verkehrsaufkommen nicht rechtfertigt, vorhandene Bundesstraßen ausbauen würden.

Oder wenn Sie sich endlich zu einem Tempolimit durchringen könnten, weil Sie dann die möglichen reduzierten Querschnitte bauen könnten, die auch an die Landschaft anzupassen wären.

Oder wenn Sie den dreispurigen Straßenbau nun wirklich einmal ernsthaft in Erwägung ziehen würden. Damit würden Sie Staus mindern und die Zahl der Unfälle verringern. Projekte in Mittelbaden, die die Landesregierung Baden-Württemberg modellhaft realisiert hat, belegen dies.

Alein mit diesen Korrekturen würden Sie nicht nur die Weichen ökologisch verantwortlicher stellen, sondern auch Mittel für den dringend erforderlichen und schnellen Aufbau einer Verkehrsinfrastruktur in den fünf neuen Ländern freibekommen. Und wenn es Ihnen dann auch noch gelänge, dieses unter Vermeidung der Fehler im Westen zu leisten, dann wäre ein gutes Stück von dem auf den weg gebracht, was heute möglich ist.

(-/12. November 1992/rs/ks)
